
Theorie demokratischer Repräsentation

Oliver W. Lembcke

Moderne politische Ordnungen sind Repräsentationssysteme. Das gilt auch und gerade für demokratische Systeme. Die Dichotomie zwischen direkter und repräsentativer Demokratie taugt daher nicht (mehr) als Ausgangspunkt zur Beschreibung demokratischer Systeme; sie ist zu einer Frage der Binnendifferenzierung geworden, die darüber Auskunft gibt, in welchem Ausmaß direkte, unmittelbare oder plebiszitäre Elemente vorhanden und geeignet sind, mit den Repräsentationsstrukturen zu konkurrieren.¹ Die Funktionalität eines spezifischen Sets an Institutionen kann jedoch nur zur Begründung der Notwendigkeit dienen, nicht zu deren Rechtfertigung in einem normativ gehaltvollen Sinne. Daran erinnert Dahls (1982: 13) bekannte Wendung von der repräsentativen Demokratie als „sorry substitute for the real thing“ – das eigentliche demokratische Moment ist hiernach die politische Selbstbestimmung des Volkes; Repräsentation hingegen nur ein fader Abglanz davon.

Ob dieses Urteil richtig ist, darüber streiten sich die Geister; und dieser Streit dauert an, weil es sich bei der Repräsentation um ein „essentially contested concept“ handelt (Pollak 2007), um einen Begriff also, der ebenso bedeutsam wie deutungs offen ist – und um den deswegen politisch gerungen wird. Ein Beispiel, das die Tragweite andeuten soll: Mit dem Begriff der Repräsentation kann sowohl die offenkundige Gleichartigkeit von Dingen oder Personen betont werden, die maßstabsgetreu wiedergegeben werden muss (Abbild), als auch die untergründige Gemeinsamkeit, die erst im Lichte der Vielfalt und Verschiedenheit ihren Sinn erhält (Sinnbild). Versteht sich ein Parlament als Abbild einer Nation, der König hingegen als Sinnbild, haben diese gegensätzlichen Sichtweisen das Potential für einen Bürgerkrieg.

1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kersting in diesem Band.

Die Schwierigkeiten eines wissenschaftlichen Umgangs mit der Spannweite an möglichen Bedeutungen spiegelt sich in der Rede vom *puzzle* (Eulau/Karps 1978; Kühne 2013) oder „enigma“ (Urbinati 2006: 189) der Repräsentation wider. Vor diesem Hintergrund ist es üblich geworden, als Ausgangspunkt einen Vorschlag von Hanna F. Pitkin aufzugreifen. Ihr zufolge bestehe der semantische Kern der Repräsentation darin, etwas Abwesendes (wieder) anwesend zu machen (1967: 8).² So hilfreich auf den ersten Blick dieser analytische Zugriff für das Grundverständnis ist, offenbart sich doch auf den zweiten Blick auch das „Paradox der Repräsentation“ (Runciman 2007): Gemeint ist die Gleichzeitigkeit von Anwesenheit und Abwesenheit – ein Dualismus, der dem Begriff eingeschrieben zu sein scheint und der eine grundlegende Herausforderung darstellt, und zwar sowohl für die Theorie als auch für die Praxis der politischen Repräsentation.

1 Theoriegeschichte

Was vor mehr als einer Generation mit einigem Schwung und Aufwand begann, endete eher ernüchternd: Man könne mittlerweile, so das Fazit von Eulau (1978: 31), wohl mit einiger Sicherheit sagen, was Repräsentation *nicht* sei. Eine positive Bestimmung hingegen sei nach all der Zeit und den zahllosen theoretischen Bemühungen immer noch nicht möglich. Vor diesem Hintergrund beginnt eine Übersicht über die Theoriegeschichte, die Aufschluss über die Relevanz im Kontext demokratietheoretischer Ansätze geben soll, sinnvollerweise zunächst mit einer Skizze der politischen Bedeutung,³ denn diese hat sich erst allmählich in vielschichtigen Diskursen herausgebildet. In systematisierender Absicht lassen sich der Begriffs- und Ideengeschichte drei Dimensionen politischer Repräsentation entnehmen (Hofmann 2003; Vieira/Runciman 2008):

- die *bildhaft-ästhetische* Dimension, die sich v. a. auf die (metaphorische) Darstellung der Einheit zwischen Repräsentierten und Repräsentanten bezieht;
- die *personell-ethische* Dimension, die sich auf die Handlungsfähigkeit des Repräsentierten durch seinen Vertreter richtet;

2 In diesem Sinne bereits Schmitt (1993: 209); Leibholz (1966: 26) und Friedrich (1950: 267).

3 Die Etymologie gibt, anders als etwa im Falle der Demokratie, darüber kaum Aufschluss (Rausch 1979).

- die *attributiv-juridische* Dimension, die vorrangig die Handlungskompetenzen und Handlungsfolgen des Repräsentanten im Zuge der Rechteübertragung durch den Repräsentierten umfasst.

1.1 Konstitution und Organisation

In der Neuzeit erhalten diese drei Dimensionen ihren politischen Gehalt durch die Ordnungs- und Legitimationskonflikte, für die der Repräsentationsbegriff verstärkt in Anspruch genommen wird. Die Weichen dafür werden bereits im Mittelalter im Zuge der Deutungskämpfe über Grundfragen der institutionellen Organisation gestellt (Pennington 2006), die zu einer politischen Aufladung des Begriffs führen. Am Ende der Neuzeit stehen zwei Einsichten, die beide für die moderne Theoriegeschichte von maßgeblicher Bedeutung sind (Hintze 1970): erstens der „politisierte“ Charakter der Repräsentation durch die Verbindung zur Legitimation; zweitens ihr „konstruierter“ Charakter: Dass Repräsentation die politische Ordnung in ihrer Herrschaftsstruktur verändert und dabei selbst zum Gegenstand politischen Wandels werden kann, macht sie seit der Neuzeit zu einem Schlüsselbegriff des Politischen (Sternberger 1971).

Thomas Hobbes (1588–1679) gibt diesem Zusammenhang einen radikalen und für die moderne Staatlichkeit bis zum heutigen Tage nachwirkenden Dreh (Manow 2008), indem er im *Leviathan* (1651) die einzelnen Repräsentationsdimensionen miteinander in Beziehung setzt (Skinner 2005): Die Handlungsfähigkeit des Staates erhält ihre Anschaulichkeit durch den dafür (von den Bürgern) autorisierten Souverän, der die „Person“ des Staates, den „sterblichen Gott“ repräsentiert. Zugleich wird die Vielheit der Einzelnen (Abbild der Masse) als Einheit des Volkes in dem *einen* Staatskörper (Sinnbild der Verkörperung) dargestellt. Hinter dieser Darstellungsstrategie steht die Einsicht, dass Repräsentation nicht nur zur Organisation der politischen Ordnung taugt (Organisationsprinzip), sondern diese allererst konstituiert (Konstitutionsprinzip): Staatlichkeit als repräsentative Ordnung – das ist im Kern Hobbes’ politiktheoretische Innovation.

Nur wenige haben die Radikalität dieser Repräsentationstheorie so klar durchschaut wie Jean-Jacques Rousseau (1712–1778). Sein Fazit lautet: Der Glaube an die Willensübertragung qua Autorisierung ist in Grundfragen der Politik ein Irrglaube. Der Akt der Selbstbestimmung lasse sich nicht delegieren, ohne diese Freiheit infolge der Rechteübertragung einzubüßen. Im Ergebnis entsteht kein politisches „Auftragsverhältnis“, sondern ein asymmetrisches Herrschaftsverhältnis, das dem Geist des Feudalismus entstammt (1977: 159). Hinter Rousseaus Widerspruch gegenüber Hobbes steht der für die verschiedenen Ansätze paradigmatische Gegensatz zwi-

schen Identität und Interesse als Gegenstand der Repräsentation: Nach Auffassung von Rousseau ermöglicht nur das Selbstverständnis einer Gemeinschaft als solcher (Identität) einen Zugang zur Erkenntnis dessen, was im Wohl der Allgemeinheit (im Allgemeininteresse) liegt. Für Hobbes hingegen ist ein solcher Rückgriff auf eine vorstaatliche Identität Humbug. Eine gesellschaftliche Einheit und deren kollektives Interesse (Allgemeinwohl) bilden sich in seinen Augen erst durch die einheitliche Vertretung *top down*, die von den Mitgliedern einer Gemeinschaft akzeptiert wird und mit der diese sich idealiter (allmählich) identifizieren.

1.2 Interessen vs. Identität

Ob eine Willensübertragung zur Vertretung eigener Interessen möglich ist oder ob diese eine gemeinsame Idee (*idée directrice*) voraussetzt, ist eine Schlüsselfrage innerhalb des Repräsentationsdiskurses, der in diesem Zusammenhang durch die Leitdifferenz „Vertretung vs. Darstellung“ geprägt ist: Auf der einen Seite findet sich die Semantik der Vertretung, typischerweise in Verbindung mit einer handlungstheoretischen Perspektive, die sich durch Schlüsselbegriffe wie Wille, Akteur, Vollmacht, Zurechnung und Interesse auszeichnet. Die andere Seite ist geprägt durch die Semantik der Darstellung, die im Zusammenhang steht mit Begriffen wie Idee, Ordnung, Orientierung, Symbolik und Identität.

Das Paradigma der *Interessenvertretung* kommt besonders klar in den Spielarten der sogenannten Prinzipal-Agent-Theorie zum Ausdruck (Vieira/Runciman 2008: 66–73).⁴ Im Zentrum dieser Theoriearchitektur steht das Verhältnis zwischen dem Repräsentierten (Prinzipal) und dem Repräsentanten (Agenten), der vom Prinzipal die Aufgabe übertragen bekommt, an seiner statt zu handeln. Zusammen mit dieser Aufgabe überträgt der Prinzipal dem Agenten zudem das Recht, im Namen des Prinzipals aufzutreten. In der Politik spielt dieser Ansatz deswegen eine hervorgehobene Rolle, weil hier die Organisations- und Koordinationsprobleme maßgeblich durch kollektive Handlungsformen bestimmt sind und die repräsentierte Gruppe durch den Agenten handlungsfähig wird (Gilardi/Braun 2002): Der Agent kann und soll im Namen der Gruppe Entscheidungen treffen, die sowohl im Außenverhältnis gegenüber anderen Gruppen als auch im Binnenverhältnis für die eigene Gruppe eine bindende Wirkung entfalten (Pettit 2009).

Innerhalb der modernen Theoriegeschichte lässt sich Eric Voegelins Konzeption beispielhaft als Beitrag zur *symbolischen* Repräsentationsdimension ansehen (siehe

4 Zur Axiomatik des Rational Choice, der hier die Grundlage bildet, siehe den Beitrag von Schaal und Kaufmann in diesem Band.

2.3). Voegelin (1991: 57 ff., 64 ff.) geht zunächst aus von der „deskriptiven Repräsentation“, die sich auf die elementaren Erscheinungsformen bezieht, in denen sich Repräsentation organisiert: etwa durch Wahlakte. Was aber ist der tieferliegende Grund eines solchen Organisationsvollzugs? Was verbürgt seine Repräsentativität? Für Voegelin führen diese Fragen notwendig zu den Voraussetzungen formaler Repräsentation, die man anhand der Entstehungsgeschichte von Gesellschaften, in der sich die gesellschaftliche Vielheit zu einer politischen Einheit herausbildet, ablesen könne. Voegelin (1991: 64 ff.) bezeichnet diese historischen Prozesse als „Artikulation“, in deren Folge eine Gesellschaft überhaupt erst Existenz erlangt. Entsprechend ist dieser Repräsentationszusammenhang zwischen politischer Führung und Gesellschaft selbst „existentieller“ Art. Sichtbar wird sie an jenen Personen oder Institutionen, deren Ordnungsleistung die gesamtgesellschaftliche Handlungsfähigkeit erhält und erneuert, die selbst aber getragen sind von einem symbolisch vermittelten, einheitsstiftenden Selbstverständnis, das der Ordnung zugrunde liegt (Voegelin 1991: 81).⁵

1.3 Beauftragter vs. Bevollmächtigter

Eine spezifisch *demokratische* Perspektive ergänzt die Leitdifferenz zwischen Interessenvertretung und symbolischer Darstellung durch die Rückkopplung von Repräsentationsansprüchen an eine Auswahl und Abwahl derjenigen, die diese Ansprüche erheben und durchsetzen (Przeworski/Stokes/Manin 1999). Welche demokratische Qualität aber kann und soll diese Repräsentationsbeziehung haben? Der Streit über diese Frage ist unter dem Label *Mandate-Independence Controversy* zum Topos der Demokratietheorie geworden (Vieira/Runciman 2008: 74–79): Wie strikt sind (empirisch) die Repräsentanten an den Willen der Repräsentierten gebunden respektive sollten (normativ) sie dies sein? Wie stark nutzen (empirisch) die Repräsentanten ihre unabhängige Entscheidungsmacht respektive sollten (normativ) sie dies machen?

Als historischer Meilenstein dieser Debatte gilt in der Ideengeschichte Edmund Burkes Rede von Bristol (1774). Anlässlich seiner Wahl sprach Burke über die Aufgaben eines einzelnen Abgeordneten sowie jener des Parlaments und verdeutlichte

5 Ein solches Verständnis wird von unterschiedlichen Denkern geteilt: Neben Voegelin sind etwa Carl Schmitt, Gerhard Leibholz oder Carl Joachim Friedrich, aber auch die *British Idealists* wie etwa Francis Herbert Bradley oder Thomas Hill Green zu nennen. Voegelin kennt überdies noch den Typus der – über sich selbst hinausweisenden – „transzendenten Repräsentation“.

dabei seiner Wählerschaft in einfachen Worten die sogenannte Theorie der „virtuellen Repräsentation“:⁶ Er, Burke, sei erstens nicht als Stellvertreter von Bristol Mitglied der Versammlung, sondern als Repräsentant des gesamten Volkes. Er habe sich daher zweitens auch nicht als Anwalt um die Beförderung der lokalen oder regionalen Interessen zu kümmern, sondern mitzuwirken, Entscheidungen im nationalem Interesse zu finden, denn das Parlament sei drittens nicht der Ort, um die verschiedenen gesellschaftlichen Interessenlagen abzubilden, sondern es sei eine *deliberative assembly*, in der sich die Mitglieder zum Wohle des gesamten Volkes versammeln und beraten (Burke 1996). Kurz gefasst beruht Burkes Position auf der Verbindung des freien Abgeordnetenmandats mit der (verpflichtenden) Aufgabe, über das (nationale) Interesse der Gemeinschaft nach bestem Wissen und Gewissen zu beraten.

Burkes Position entspricht dem *Idealtypus A* (siehe Graphik),⁷ wonach der Abgeordnete seine Kenntnis und sein Urteilsvermögen als „Experte“ oder *trustee* in den Dienst der allgemeinen Sache stellt. Um das „richtige“ Interesse jedoch auch erkennen und beurteilen zu können, hat er sich vom Willen seiner Wählerschaft frei zu machen – das ist der Kern der sogenannten „unattached interests“ (Miller/Stokes 1963: 45).

Idealtypen (parlamentarischer) Repräsentation

	Independent (Bevollmächtigter)	Mandate (Beauftragter)
Nationale Interessen	A	C
Wählerinteressen	B	D

James Madison hat eine solche Auffassung angesichts der Pluralität von Interessen in der Gesellschaft und ihrer Bedeutung für den demokratischen Willensbildungsprozess als unrealistisch verworfen. Die politische Repräsentation könne sich nicht von Interessenlagen abkoppeln, sondern diese nur von den schädlichen Elementen, die dauerhaft die Gemeinschaft (*union*) zu gefährden drohen, „filtern“ und ansonsten so weit wie möglich durch politische Klugheit und Erfahrung „verfeinern“ (Federalist Papers Nr. 10, 2001: 46). Madison plädiert wie Burke für

6 Historisch bedeutsam wurde diese Theorie in der Kritik des Repräsentationsanspruchs der französischen Generalstände; der Klassiker hierfür ist die Schrift von Sieyès *Was ist der Dritte Stand?* von 1789 (2010: 109–176).

7 In Anlehnung an Eulau et al. (1978); zur weiteren Ausdifferenzierung Patzelt (1997) und Andeweg/Thomassen (2005).

ein freies Mandat, sieht dieses jedoch grundsätzlich in demokratischer Weise an den Willen der Wählerschaft zurückgebunden. Seine Position der „Filterung und Verfeinerung“ lässt sich dem *Idealtypus B* zuordnen.

Wie bereits im Zusammenhang mit der Kritik an Hobbes ausgeführt, steht Rousseau einem solchen Transfer an politischer Entscheidungskompetenz skeptisch gegenüber. Für ihn können diejenigen, die mit der Umsetzung des allgemein als richtig erkannten Willens (*volonté générale*) beauftragt worden sind, nichts anderes sein als „Knechte“ im Dienste der Allgemeinheit, keineswegs aber „Herren“, die ihren Willen anstelle von jenen des Volkes setzen dürfen. Auftragsgebunden haben diese Delegierten dem freien Willen des Volkes zu dienen – ein Modell, in dem sie den Platz eines „Bediensteten“ oder „Beamten“ haben und das man dem *Idealtypus C* zuordnen kann.

Vertretern des *Idealtypus D* hingegen fehlt ein solcher Glaube an einen die Gemeinschaft übergreifenden Allgemeinwillen. Dieser sei nichts anderes als die Summe von aggregierten Willen, und zwar entweder von spezifischen Gruppen oder von Individuen. Im Falle der Gruppeninteressen (man denke an Berufsstände oder Regionen) ist die Identität der Gruppe im eigenen Selbstverständnis prinzipiell vorrangig gegenüber jedweden übergeordneten oder nationalen Interessen (Pluralismusansätzen). Die Mitwirkung an der Herstellung steht daher typischerweise unter Vorbehalt sowie unter dem Anspruch garantierter Vetorechte. Entsprechend dominant ist auch hier die Auftragsbindung der Repräsentanten, die diesen nur einen Status von „Delegierten“ oder „Boten“ der jeweiligen Gruppe einräumt. Auch im Falle der Einzelinteressen kann die Bindung der Repräsentanten ähnlich strikt und ihr Status vergleichbar eingeschränkt sein.

1.4 Repräsentation als Responsivität

Ein Großteil der empirischen Studien orientiert sich am sogenannten *Linkage Model* (Thomassen 2014). Diesem zufolge bemisst sich Repräsentation daran, inwieweit die Politik der politischen Führung im Einklang mit den Interessen und Forderungen der Öffentlichkeit liegt. Ein solcher Standard liegt den beiden folgenden maßgeblichen Forschungsrichtungen zugrunde:

Das *Delegate Model* (DM) stammt von Miller und Stokes aus den 1960er Jahren. Es handelt sich um ein Messkonzept, das das Abstimmungsverhalten amerikanischer Kongressmitglieder anhand der Einstellungen der Wählerschaft, des Rollenverständnisses des Politikers und anhand von dessen Vorstellung über die Erwartungshaltung seiner Wählerschaft zu erklären sucht (z. B. Miller/Stokes 1963). Bis zu den frühen 1970er Jahren hat sich das DM zum Standard in den USA

entwickelt. Die Übertragbarkeit auf europäische politische Systeme stieß hingegen auf nachhaltige Schwierigkeiten.⁸

Zahlreiche Ansätze haben versucht, das *Linkage Model* durch Rekurs auf die Spezifika des europäischen Parteiensystems weiterzuentwickeln.⁹ Sie lassen sich unter dem Label *Political Party Model* (PPM) zusammenfassen (Thomassen 1994). Der Theoriekern des PPM stellt eine hybride Version elitistischer und identitärer demokratietheoretischer Ansätze dar.¹⁰ Daraus sind die folgenden Kriterien zur Messung des Repräsentationszusammenhangs entwickelt worden (Dalton/Farrel/McAllister 2011): Ideologisch kohärente Parteien (Parteidisziplin) konkurrieren mit unterschiedlichen politischen Programmen (Ideologie) um die Zustimmung der Wähler (Konkurrenzkampf), die gemäß ihren Präferenzen eine Wahlentscheidung treffen (rationale Wahl). Seit dem Forschungsschub Anfang der 1980er Jahre ist das PPM vielfach weiterentwickelt worden, ohne das Grundverständnis der Repräsentation, das dieses Modell mit dem DM teilt, aufzugeben.

In beiden Fällen heißt Repräsentation Responsivität, und zwar entweder der politischen Institutionen oder seitens der politischen Parteien (APSA 1950). Responsivität richtet sich auf das demokratietheoretische Ideal, eine (möglichst weitgehende) Interessenidentität zwischen Regierung und Volk herzustellen (Dahl 1971). Da eine solche Kongruenz wenn überhaupt nur annäherungsweise erreicht werden kann, ist die repräsentative Demokratie kaum mehr als eine „zweitbeste Lösung“ (Kielmansegg 1985: 9) oder eben eine „sorry substitute for the real thing“. Von dieser Warte aus betrachtet leisten empirische Arbeiten zur Responsivität einen Beitrag zur Selbstaufklärung demokratischer Gesellschaft, indem sie die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Repräsentationsform vermessen.

2 Demokratische Repräsentation (Hanna F. Pitkin)

Zweifel an der Responsivität nähren auch die grundsätzlicheren Zweifel an der Kompatibilität von Repräsentation und Demokratie, über die der etablierte Begriff

8 So ließ sich v. a. der Fokus auf die *Roll Call Votes* im Kongress kaum auf ein durch Parteidisziplin und Fraktionszwang strukturiertes parlamentarisches Regierungssystem (*Party Government*) übertragen.

9 Siehe hierzu den Beitrag von Frank Decker in diesem Band.

10 Die elitistischen Elemente stehen in der Tradition von Schumpeter (1993); die identitären Vorstellungen sind von Leibholz' Konzeption der Parteienherrschaft inspiriert (1966: 224 ff.).

der „repräsentativen Demokratie“ auf den ersten Blick hinwegtäuscht. Er suggeriert, dass das Prinzip der Demokratie jenem der Repräsentation vorgängig ist. Darüber waren sich jedoch die Akteure der Freiheitsrevolutionen Ende des 18. Jahrhunderts, die gewissermaßen als Erfinder dieser Verbindung gelten dürfen (Vieira/Runciman 2008: 35–44), keineswegs einig: Emmanuel Joseph Sieyès (2010) etwa, einer der führenden Köpfe der Französischen Revolution, sah in der Repräsentation das bestimmende Ordnungsprinzip einer modernen Gesellschaft, das in seinen Augen auch im politischen Bereich den Vorzug vor der demokratischen Selbstregierung des Volkes erhalten sollte. Ähnlich haben sich auch die Autoren der *Federalist Papers* gescheut, ihre *more perfect union* als Demokratie zu verstehen (Federalist Papers Nr. 10; 2001: 46).

Nicht diese Art der Demokratieskepsis, wohl aber die Frage nach der Vereinbarkeit von Repräsentation und Demokratie hat sich bis heute erhalten (Urbinati 2006: 54). Es dürfte zu den Gründen des Erfolgs der Studie *The Concept of Representation* (1967) gehören, dass Hanna F. Pitkin diese Frage explizit aufgegriffen hat und ihre Kartographie politischer Repräsentationsformen mit einer Evaluation normativer Standards verbunden hat, die den unterschiedlichen Repräsentationsbeziehungen zugrunde liegen, und deren demokratische Qualität für Pitkin v. a. dadurch zum Ausdruck kommt, dass beide Seiten (Repräsentierte und Repräsentanten) in einem ausbalancierten Verhältnis zueinander stehen.

Repräsentationsbeziehungen nach Pitkin (1967)

<i>acting for</i> (vertreten)		<i>standing for</i> (darstellen)	
formal	substantial	descriptive	symbolic

Pitkins Ansatz zufolge, der von der sogenannten *ordinary language philosophy*¹¹ beeinflusst ist, lassen sich zwei Bedeutungen gegenüberstellen: Repräsentation als *acting for* (handeln für jemanden) und als *standing for* (für etwas stehen). Diese Dichotomie liefert die Oberbegriffe, die sich jeweils in zwei weitere Unterbegriffe aufteilen lassen (1967: 11 f.). In allen vier Fällen geht es Pitkin darum, die Repräsentationsbeziehung zwischen dem Repräsentanten und den Repräsentierten idealtypisch zu charakterisieren.

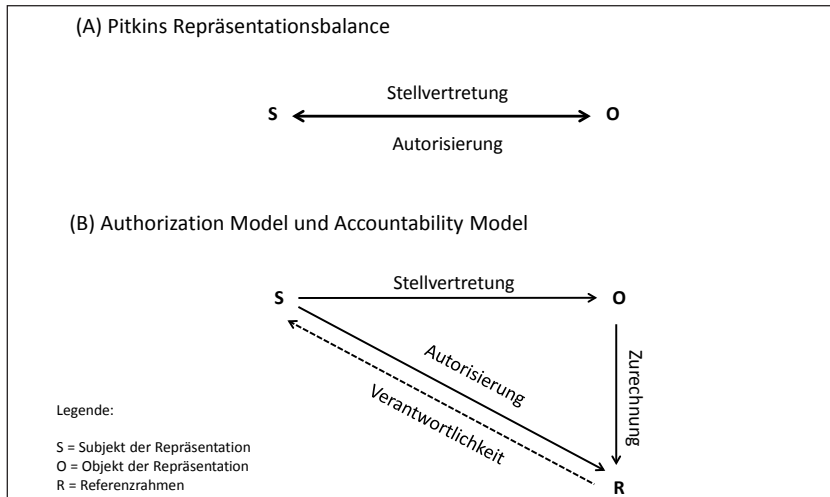
11 Dieser Ansatz wurde u. a. von John L. Austin (1911–1960) geprägt und später von John R. Searle (*1932) zu einer umfassenden Theorie der Sprechakte ausgebaut.

2.1 Formale Repräsentation

Im Rahmen des *acting for* bezeichnet Pitkin diejenigen Repräsentationsbeziehungen als *formal*, in denen das „Dass“ der Repräsentation im Vordergrund steht. Sie grenzt diese von jenen ab, in denen die Repräsentation über den Inhalt der Handlungen, über das „Was“ hergestellt wird. Die Grundstruktur der formalen Repräsentationsbeziehung entspricht dem Prinzipal-Agent-Modell (siehe 1.2): Der Prinzipal autorisiert den Agenten, in seinem Namen zu handeln, und muss sich aufgrund dieser Autorisierung das Handeln „seines“ Vertreters zurechnen lassen, und zwar so, als ob der Repräsentierte selbst gehandelt hätte. Im Rahmen des Auftrags entscheidet der Agent für den Prinzipal mithin verbindlich – auch dann, wenn der Prinzipal gegebenenfalls mit den Leistungen seines Agenten oder mit den Ergebnissen des Auftrags unzufrieden sein sollte.

In dieser Konstruktion liegt für Pitkin ein grundsätzliches Ungleichgewicht zugunsten des Repräsentanten, das ihrem Ideal einer ausbalancierten Repräsentationsbeziehung widerspricht (siehe Graphik). Eine inhaltliche Kontrolle bleibe ausgespart, weshalb eine „Missrepräsentation“ gar nicht in den Blick kommen könne (1967: 28 ff.). Dementsprechend wird diese Variante des Repräsentationsverständnisses von ihr als „authorization theory“ bezeichnet, als deren Gründungsvater sie Thomas Hobbes ansieht.

Symmetrische und asymmetrische Repräsentationsmodelle



Zeitgenössische Demokratietheorie

Lembcke, O.W.; Ritzi, C.; Schaal, G.S. (Hrsg.)

2016, VI, 486 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06362-7